

ESF-Festveranstaltung 06.09.2017 „Europäischer Sozialfonds: Für ein soziales Europa“

„26 Jahre ESF in Brandenburg: Eine Erfolgsgeschichte?!“

Rede von Almuth Hartwig-Tiedt, Staatssekretärin im Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie des Landes Brandenburg

(Es gilt das gesprochene Wort.)

Sehr geehrte Damen und Herren,
sehr geehrte Abgeordnete,
verehrte ESF-Akteure und Partner,
sehr geehrter Herr Minister Baaske,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

ich begrüße Sie alle sehr herzlich zu unserer ESF-Festveranstaltung in dieser schönen Schinkelhalle in Potsdam!

Ich freue mich sehr, dass Egbert Holthuis von der EU-Kommission zu uns gekommen ist, um mit uns gemeinsam diese Festveranstaltung zu gestalten und das Jubiläum „60 Jahre ESF in Europa“ zu würdigen.

Sie, lieber Herr Holthuis, haben in Brüssel die Zuständigkeit für den ESF in Brandenburg übernommen und die Nachfolge von Adam Pokorny angetreten.

Mit der EU-Kommission verbindet uns eine langjährige vertrauensvolle partnerschaftliche Zusammenarbeit, die wir gern mit Ihnen fortsetzen möchten.

Gemeinsam haben wir heute bereits den Lotsendienst für Migrantinnen und Migranten besucht, ein ESF-Projekt, das seit vielen Jahren mit großem Erfolg Migrantinnen und Migranten unterstützt, die in Brandenburg ein Unternehmen gründen wollen.

Viel lieber wäre es mir, wenn jetzt unsere Ministerin Diana Golze vor Ihnen stehen würde, so wie es vorgesehen war. Aber sie muss sich nach dem schweren, durch einen Wirbelsturm in Italien verursachten Unfall noch sehr schonen.

Ich darf Ihnen ihre herzlichen Grüße übermitteln. Sie bedauert sehr, dass sie nicht hier sein kann.

Denn die heutige Festveranstaltung ist etwas Einmaliges. Es treffen sich langjährige Weggefährten, die für die Gestaltung und Umsetzung der Brandenburgischen Arbeits- und Sozialpolitik mit dem ESF Verantwortung trugen bzw. tragen.

Wir haben Sie, die Projektträger, Partner und Richtlinienverantwortlichen sowie alle früheren Verantwortungsträger des MASGF und der LASA Brandenburg GmbH eingeladen und ich freue mich, dass so viele von ihnen gekommen sind, um den ESF-Geburtstag gemeinsam zu feiern!

Denn es ist der Ministerin, Diana Golze, und mir ein großes Anliegen, Ihnen allen - den vielen Akteuren, Partnern und Verantwortlichen in den Ministerien herzlich für die geleistete Arbeit und das unermüdliche Engagement, die bereitgestellten Fördermittel für die Menschen in Brandenburg bedarfsgerecht einzusetzen, zu danken. Sie haben zur Entwicklung des Landes und zur Teilhabe sowie zur sozialen Integration der Menschen entscheidend beigetragen.

Die vielen Veröffentlichungen und nun auch die spannenden Trägerporträts, die heute ausgestellt werden, geben Einblicke in die Aktionsfelder und erreichten Ergebnisse über die Jahre hinweg.

Der Mehrwert des ESF für Brandenburg ist gewaltig. Mehr als 1,7 Millionen Menschen sind in den zurückliegenden 26 Jahren mit den ESF-Programmen des Landes erreicht worden. Sie haben neue berufliche Chancen erhalten und sich persönlich wie beruflich weiterentwickeln können. Darunter 950.000 Jugendliche unter 25 Jahren und 370.000 Langzeitarbeitslose, die im Rahmen der vielen Projekte und Maßnahmen gefördert werden konnten. Hinzu kamen die umfangreichen Förderungen aus den Gemeinschaftsinitiativen und den innovativen Maßnahmen der EU.

Ein besonderer Schatz, da geht es Ihnen sicherlich genauso wie mir, sind jedoch die persönlichen Eindrücke, Erlebnisse und Erfahrungen, wenn etwas gelungen ist, wenn man Menschen begegnet ist, deren Situation sich durch die Förderungen verbessert hat oder wenn um Problemlösungen gerungen wurde und diese gefunden werden konnten.

„Erinnern tut gut!“ äußerte mit tiefer Überzeugung Regine Hildebrandt, deren Erbe im Ministerinnenamt 1999 anzutreten war. Sie beschrieb einmal in einem Interview, wie entsetzt sie war, als nach dem Zusammenbruch der DDR die ersten Tausend Menschen eines Chemiekombinats in die Arbeitslosigkeit geschickt wurden und sie sich nicht vorstellen konnte, dass dies erst der Anfang einer sich entwickelnden Massenarbeitslosigkeit war. Sehr schnell erkannte sie, dass man den Dingen nicht ihren Lauf lassen dürfte, sondern dass man etwas tun musste.

Die vorhandenen Arbeitsförderungsinstrumente waren auf einen solchen Transformationsprozess nicht eingestellt. Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen führten nicht wie erhofft in reguläre Beschäftigung.

Gleichwohl haben die betroffenen Menschen als sogenannte ABM-Kräfte in den Kommunen sehr viel geschaffen! Später kamen die Strukturanpassungsmaßnahmen (SAM) hinzu. Diese Möglichkeiten waren, auch wenn sie vielfach nicht in den 1. Arbeitsmarkt führten, allemal besser als zum Nichtstun verdammt zu sein und das Gefühl, nicht gebraucht zu werden.

Schon sehr früh hat Brandenburg die Strategie „Arbeit statt Arbeitslosigkeit finanzieren“ verfolgt und entsprechende Förderprogramme mit dem ESF aufgelegt.

Viele Menschen jedoch blieben lange Zeit ohne Chancen am Arbeitsmarkt. In den peripheren Regionen Brandenburgs lag die Arbeitslosenquote viele Jahre weit über 20 Prozent.

Besonders prekär auch für die jungen Menschen, die keinen Ausbildungsplatz bekamen. Viele von ihnen, darunter besonders Frauen, wanderten in die alten Bundesländer oder noch weiter weg ab, wo ihre Berufschancen und Verdienstmöglichkeiten wesentlich besser waren.

Wer keine Arbeit fand, nutzte die Möglichkeiten für Umschulungen – oft führte auch das nicht zu einem Arbeitsplatz. Ein Gefühl von Resignation machte sich breit.

Das aber war es, was Regine Hildebrandt immer und immer wieder bekämpfte. „Bloß nicht aufgeben!“, beschwor sie die Menschen.

Was wäre geworden ohne die vielen Projekte, die mit dem ESF zusätzlich im Land durchgeführt werden konnten? Wie viele Geschichten ließen sich erzählen, in denen durch gute Projektarbeit der Keim für eine erfolgreiche berufliche Entwicklung gelegt wurde?!

Eine entscheidende Hilfe waren die bereits erwähnten EU-Gemeinschaftsinitiativen zur Unterstützung von Beschäftigung und Anpassung an den Strukturwandel in den vom Umbruch besonders betroffenen Wirtschaftsbereichen wie die Konversion vormals militärisch genutzter Flächen, dem Kohlebergbau, der Eisen- und Stahlindustrie, der Textilindustrie oder auch der Regionalentwicklung und grenzüberschreitende Zusammenarbeit.

Aber auch die Entwicklung benachteiligter Stadtgebiete und die Entwicklung ländlicher Gebiete sowie die Gemeinschaftsinitiative EQUAL zur Förderung der Chancengleichheit und Gleichstellung von Frauen und Männern gehören dazu.

Die Gemeinschaftsinitiativen ermöglichten die Erprobung neuer Projekt- sowie Förderansätze und darüber hinaus einen integrierten arbeitsmarkt- und strukturpolitischen Ansatz, bei dem die Strukturfondsmittel miteinander verknüpft werden konnten. Das war später ja nicht mehr so möglich.

Die Erprobung von Modellprojekten und innovativen Ansätzen zu relevanten Arbeitsmarktthemen entwickelte sich zu einem wichtigen Arbeitsmarktinstrument der Brandenburger ESF-Förderung. Im Rahmen der Arbeitsmarkt-politischen Schwerpunktförderung, dem damaligen A-3-Programm, das im MASGF entwickelt wurde, wurden vielfältige und in weiten Teilen sehr erfolgreiche arbeitsmarktorientierte Projekte durchgeführt.

Später wurde daraus die INNOPUNKT-Förderung (Innovative arbeitsmarktpolitische Schwerpunktförderung). Die erreichten Ergebnisse halten wir weiterhin auf unserer ESF-Website bei den Praxisbeispielen für die Öffentlichkeit zugänglich, denn die beschriebenen methodischen Ansätze und Ergebnisse werden bis heute nachgefragt und genutzt.

Eine wichtige Antwort der Brandenburger Arbeitspolitik auf die Hartz IV Gesetze im Zuge der Zusammenführung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe war das Regionalbudget. Mit jährlich einer Million Euro aus dem ESF pro beteiligter Kommune konnten diese über einen längeren Zeitraum im Rahmen einer zielgerichteten regionalen Beschäftigungspolitik vielfältige Maßnahmen zur Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit vor Ort durchführen.

Vor 10 Jahren, im Sommer 2007 wurde das 50. ESF-Jubiläum deutschlandweit hier in Potsdam gefeiert. Die damalige Ministerin Dagmar Ziegler, sie hat für die heutige Festveranstaltung aus Termingründen leider abgesagt, beschrieb in ihrem Beitrag unter dem Titel *„Der Europäische Sozialfonds: 50 Jahre in Europa – 16 Jahre in Brandenburg“* die sich verändernde Situation und machte deutlich, dass die demografische Entwicklung und zunehmender Fachkräftebedarf mehr Qualität bei der Berufsorientierung sowie bei der Aus- und Weiterbildung erforderten.

Auch für eine alternsgerechte und familienfreundliche Betriebsorganisation und bedarfsgerechte Maßnahmen sowie Strategien der sozialen Integration zeichneten sich die Erfordernisse ab.

Heute – 10 Jahre später – haben wir ein handfestes Fachkräfteproblem, besonders in der Pflege, im Handwerk, in der Landwirtschaft und in der Tourismusbranche, aber auch im Maschinenbau und anderen Bereichen. Hinzu kommen Probleme bei der Betriebsnachfolge.

Die Unternehmen sind nicht zuletzt aus Gründen der Fachkräftesicherung und Wettbewerbsfähigkeit gefordert, die Lebenslagen und Interessen der Beschäftigten stärker zu berücksichtigen. Dazu gehören eine gute Entlohnung, eine bessere Balance von Berufs-, Privat- und Familienleben, eine altersgerechte Arbeitsorganisation sowie Angebote der Gesundheitsförderung.

Viele Beschäftigte leiden unter psychischen Belastungen am Arbeitsplatz. Deshalb werden wir am 12. Oktober in Potsdam gemeinsam mit allen relevanten Institutionen eine Fachtagung zu diesem Thema veranstalten.

Ein weiteres zentrales ESF-relevantes Themenfeld ist die Digitalisierung. Wir haben im Juli zum Thema Arbeit 4.0 eine spannende Fachtagung durchführen können und uns konkrete Aufgaben vorgenommen.

Zum Thema der Arbeitsmarktintegration von Geflüchteten werden wir die Kommunen durch eine entsprechende ESF-Förderrichtlinie unterstützen, die ich dieser Tage unterzeichnet habe. Wir werden in der kommenden Woche einen Workshop für die antragstellenden Kommunen durchführen.

Ich kann nicht alle Themen aufführen, die wir mit dem ESF gegenwärtig bearbeiten.

Wir haben seit 2014 etwa 20 Förderprogramme zur Umsetzung unseres Operationellen Programms für den ESF in Kraft gesetzt, teilweise wurden sie bereits weiterentwickelt und an neue Anforderungen angepasst.

Ein zentrales arbeitspolitisches Thema möchte ich noch einmal ansprechen.

Es geht um die soziale Integration und Armutsbekämpfung. Obwohl wir inzwischen ein gut entwickeltes Land sind, die Lage auf dem Arbeitsmarkt sich weiterhin gut entwickelt und auch die Nachfrage nach Arbeitskräften auf einem hohen Niveau bleibt, sind viele Familien auch bei uns von Armut betroffen bzw. armutsgefährdet. Vielfach auch solche Familien, in denen Elternteile eine Arbeit haben, die aber schlecht bezahlt wird. Die Zukunftsaussichten der betroffenen Kinder sind denkbar schlecht. Es ist beschämend!

Hier müssen wir noch mehr Anstrengungen unternehmen und uns wirklich politikübergreifend und zusammen mit der Brandenburger Wirtschaft kümmern. Es ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die noch mehr Priorität erlangen muss.

Nicht zuletzt deshalb hat unsere Ministerin Diana Golze im Jahr 2015 den Runden Tisch zur Bekämpfung von Kinderarmut ins Leben gerufen.

Ich appelliere insbesondere an die Partner und Unternehmen. Geben Sie Menschen eine Chance, die längere Zeit arbeitslos waren. Geben Sie arbeitsuchenden Alleinerziehenden eine Chance, betrachten Sie sie nicht als unternehmerisches Risiko, stellen Sie ihnen Arbeitsplätze zur Verfügung, bei denen sie Beruf und Familie gut vereinbaren können.

Nutzen Sie die Akteure und Partner der Integrationsbegleitung für Langzeitarbeitslose und Familienbedarfs-gemeinschaften. Denn wir haben mit der Weiterentwicklung dieses Förderprogramms, für das wir 40 Millionen Euro aus dem ESF einsetzen, besonders auch die Familienangehörigen der langzeitarbeitslosen Menschen in den Blick genommen, vor allem die Kinder.

Wir müssen Kinderarmut und Bildungsarmut verhindern und bekämpfen. Ich ermuntere Sie uns dabei zu unterstützen.

Wenn wir auf das schauen, was wir bisher mit Hilfe der europäischen Beschäftigungspolitik und der bereitgestellten finanziellen Mittel erreichen konnten, ist das enorm und ich habe hohen Respekt gegenüber allen, die daran mitgewirkt haben.

Mit Blick auf die Zukunft sind wir richtigerweise alle bereits damit beschäftigt zu diskutieren, wie die EU-Kohäsionspolitik gestaltet werden sollte.

Auch der Begleitausschuss der EU-Fonds hat sich im Juni dieses Jahres in einem Workshop wiederum ausführlich damit befasst. Die Partner haben konkrete Vorschläge eingebracht. Dabei ging es auch darum, dass die Verfahren beim Fondseinsatz spürbar vereinfacht werden müssen, da sie kaum noch vertretbare Dimensionen angenommen haben.

Von den arbeitspolitischen Herausforderungen habe ich bereits gesprochen. Dazu gehören Gute Arbeit und existenzsichernde Beschäftigung, Fachkräftesicherung und Qualifizierung, Bildung und soziale Integration, Bekämpfung von Arbeitslosigkeit und Armut.

Kürzlich äußerte sich der Wissenschaftler Michael Storper, Professor für Wirtschaftsgeografie an der London School of Economics and Political Science in einem Interview in der Zeitschrift PANORAMA der EU-Kommission.

In einer globalisierten Welt seien Regionen wichtiger denn je, führt er aus. Eine Politik, die in die langfristigen Fähigkeiten von Menschen und Unternehmen in allen Regionen investiert, sei effizienter als eine, die dem Ansatz der geografischen Konzentration folgend von Vorteilen für alle ausgeht. Nach seiner Auffassung gelte kein Entweder - Oder. Vielmehr müssten angesichts des globalen Wettbewerbs auch Ballungsräume und Cluster weiter unterstützt werden. Wichtig sei es, die Entwicklung in allen Regionen zu stimulieren.

Es bedarf seiner Ansicht nach neuer Förderinstrumente, die den Regionen „intelligente Spezialisierungen“ ermögliche. Er appellierte, auf pauschale Innovations- und Spezialisierungsansätze zu verzichten. Stattdessen müsse es darum gehen, bestehende Hemmnisse für Innovation, Unternehmertum, Qualifizierung und Mobilität festzustellen und abzubauen.

Ich halte dies für einen interessanten Beitrag in der Diskussion um die Zukunft der EU-Fonds.

Eines möchte ich aber auch feststellen. Für uns gilt nicht Brandenburg oder Deutschland first. Vielmehr muss das Prinzip der Solidarität auch in der künftigen Kohäsionspolitik gelten. Die stärkeren Regionen sollten ihren Beitrag zur Angleichung der Lebensverhältnisse in den schwächeren Regionen leisten.

Wir in den neuen Bundesländern haben seit 1990 erheblichen Nutzen aus der EU-Förderpolitik gezogen. Anderen Regionen geht es unvergleichlich schlechter.

Lassen Sie uns daher solidarisch bleiben und für ein soziales Europa eintreten.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.